

16. Jan. 2014



über
Magistrat

Der Oberbürgermeister

und

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Wolfgang Nickel

an den Ausschuss für
Planung, Bau und Verkehr

14. Januar 2014

Betreff

Beschluss-Nr.0277 vom 10.12.2013

CB-F-08-0096)

Der Magistrat möge berichten,

- (1) ob er weiterhin an einer Neugestaltung des Gerichtsareals mit der EBS festhält,
- (2) ob er weiterhin auf Mieteinnahmen bei den an die EBS vermieteten Räumlichkeiten im Hinblick auf eine „Ausweitung“ der EBS verzichten will,
- (3) ob er mittlerweile gemeinsam mit dem Land als Eigentümer und/oder mit Fresenius alternative Planungen entwickelt hat,
- (4) ob er an den „zielgerichteten Gesprächen mit der Politik“ von Fresenius beteiligt war,
- (5) welche Ergebnisse bei den Gesprächen mit Fresenius und/oder der EBS bislang erzielt wurden,
- (6) welche Vorstellungen der Magistrat über sinnvolle Zwischennutzungen des ehemaligen Gerichtsareals hat bzw. welche Festlegungen und Vereinbarungen es diesbezüglich bereits gibt.

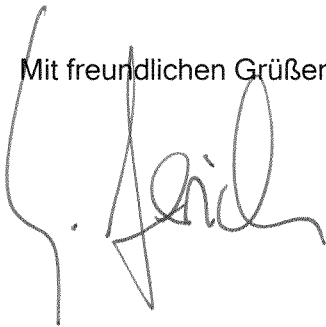
Sehr geehrter Herr Kessler,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Magistrat hat ein hohes Interesse an einer Entwicklung des ehemaligen Gerichtsareals an der Moritzstraße, das nach der durch das Land Hessen angeordneten Verlagerung der Gerichte nunmehr seit 2007 brach liegt. Die einzelnen Punkte darf ich Ihnen wie folgt beantworten:

- (1) Da die European Business School einen Umzug in die Moritzstraße nicht weiter verfolgt (vgl. Erklärung der EBS vom 12.12.2013), stellt sich die Frage einer Neugestaltung des Gerichtsareals mit der EBS nicht mehr.

- (2) Sollte es sich hierbei um die Miete für das so genannte Atrium-Haus handeln, so wurde einer weiteren Stundung der Miete seitens des Vermieters (WVV Holding) nicht zugestimmt.
- (3) Da es sich bei dem alten Gerichtsgebäude um eine Immobilie des Landes handelt, sieht der Magistrat das Land Hessen in der Pflicht, einen Vorschlag für die Nutzung des Gebäudes zu machen. Es finden jedoch regelmäßig Gespräche mit dem Land Hessen statt.
- (4) Die Aufgabe des Magistrates ist es, die Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden zu vertreten. Es werden daher mit den unterschiedlichsten Akteuren auf verschiedenen Ebenen regelmäßig Gespräche geführt. So auch mit dem Land Hessen und der Hochschule Fresenius.
- (5) Bei unverbindlichen Gesprächen mit Akteuren der Stadtentwicklung wird naturgemäß gegenseitige Verschwiegenheit vereinbart, um ersten Ideen und Möglichkeiten auch den notwendigen Raum zur Entfaltung zu geben. Während aber die European Business School im Rahmen der eigenen Entwicklung von den Planungen für das Gerichtsareal Abstand genommen hat, hält die Hochschule Fresenius laut veröffentlichter Aussage vom 03.12.2013 an den Plänen für eine Ansiedlung an der Moritzstraße fest.
- (6) Zunächst bleibt abzuwarten, wie das Land und die EBS ihr bestehendes Vertragsverhältnis bzgl. des Areals gestalten und welche Vorstellungen das Land Hessen für eine Folgenutzung präsentiert. Der Magistrat ist zuversichtlich, dass in weiteren Gesprächen auch die Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden Gehör finden werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'G. Jend', written in a cursive style.